

Arbeiterstimme

**Morgen Kampftag
der 3 Generationen**
Überall organisiert Kampftagen der 3 Generationen
Schickt Delegationen der Arbeiterkinder und Arbeiter-
eltern zu den Gemeindeführern mit den Forderungen
für die Kinder der Werktätigen

Tageszeitung der KPD . Section der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Er
Bezirk Sachsen
wichtiges Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 6. Oktober 1932

Nummer 228

Streikflieg in der „Gardine“ Dobritz

Ein tägige entschlossene Streikaktion der Dobritzer Textilarbeiterinnen zwingt den Unternehmer zur Zurücknahme der Entlassungen und des Lohnabbaues. Die Neugersdorfer Textiler rücken in die Kampffront ein. Vorwärts zum Sieg!

Dresden, den 6. Oktober 1932

Der Streik in einigen Betriebsabteilungen der „Gardine“ in Dresden-Dobritz, über den wir schon gestern kurz berichteten, ist mit vollem Erfolg beendet worden. Die Betriebsleitung hat den Lohnabbau, der auf Grund der Restverordnung zwischen der 31. und 48. Stunde 38 Prozent betragen sollte, zurückgenommen. Heute morgen ist mit dem Beginn der Arbeitszeit die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Nur einen Tag haben die „Gardine“-Arbeiterinnen gekämpft und schon waren die Unternehmerräte zum Zurückweichen gezwungen. Der Lohnabbau wurde abgewehrt. Die Betriebsleitung hatte am Mittwoch des Streiktages alle Streikenden freilassen entlassen. Doch die Arbeiterinnen kümmerten sich nicht darum. Die von der NSD für hündigen Wachstum gegenüber jedem Lohnabbau alarmierten Arbeiterinnen verteilten sich auf ihre eigene Kraft und auf die Solidarität der übrigen Arbeiterkassen. Wenige Stunden später mußte die Betriebsleitung nicht nur die Entlassungen, sondern auch den Lohnabbau zurücknehmen.

Während des Streiks traten aber auch einige Mängel in Erscheinung. So unterließen es die Arbeiterinnen, sofort eine Streikleitung aus ihren eigenen Reihen zu wählen und sie übernahmen die Führung der Verhandlungen dem SPD-Betriebsratsvorsitzenden, der den DVB-Bürokraten Richter jung. Nur so konnte es gelingen, daß bei den Verhandlungen das Bestmögliche erreicht wurde, die Streikenden in der nächsten Woche nacharbeiten. Bei dem Schwung des Streiks, der die Betriebsleitung schon nach wenigen Stunden Streik zum Nachgeben zwang, hätte noch die Möglichkeit, bei der Erweiterung der Streikfront, die Resolution der Streikenden zu unterstützen. Weiter mußte von den Streikenden gleichzeitig die Forderung erhoben werden, daß auch der schon früher in der Spinnweberei angeführte Lohnabbau mit zurückgenommen werde. Das wäre die beste Grundlage gewesen, die Streikfront auf den ganzen Betrieb auszuweiten.

Vorbildlich ist die Haltung der Bevölkerung in Dobritz und Reuben. Sofort nach Bekanntwerden des Streiks wurden von dem Soldatenausschuss und den revolutionären Massenorganisationen nach am selben Tage alle Vorbereitungen getroffen, um die Streikenden tatkräftig zu unterstützen.

Durch den siegreichen Streik der Arbeiterinnen, der ungefähr ein Drittel der Belegschaft umfaßte, ist die Bewegung in der „Gardine“ noch nicht beendet. Jetzt steht vor allem noch auf

der Tagesordnung die Abwehr des Lohnabbaues in der Spinnweberei. Die Gesamtbelegschaft muß gegen fünfjührige Unternehmerratsentscheidungen geführt sein und deshalb ihre Kampfbereitschaft noch verstärken.

Der siegreiche Kampf in den 6 Betriebsabteilungen der „Gardine“, hat erneut gezeigt, daß der Lohnabbau nur durch den Streik verhindert werden kann. Nur der von der NSD angeleitete Weg führt zum Erfolg. Für alle Betriebe gilt weiter die Forderung: Jeder Versuch, auch nur einen Pfennig vom Lohn abzuhauen, wird mit dem Streik beantwortet!

(Ausführlicher Bericht über den Streikverlauf in der „Gardine“, Dobritz, im Innern der heutigen Ausgabe.)

Streik der Neugersdorfer Textilarbeiter

So wie im Reich, so auch die Neugersdorfer Textilarbeiter unter Hinweis auf die Restverordnung den kürzlichen Lohn um 12,5 Prozent abzuhauen. Die Belegschaft der Firma August Hoffmann ist durch einstimmigen Beschluß in den Streik getreten.

Nach ergebnisloser Verhandlung hat die 346 Mann starke Belegschaft demnächst den Betrieb verlassen. Hunderte Erwerbslose haben an der ersten Streikversammlung teilgenommen. Die Kampftätigkeit ist im Gange.

Vertreter des Erwerbslosenrates und der NSD wurden einstimmig seitens der Streikenden in den Kampfanschluß gewählt.

Die streikenden Textilarbeiter rufen die gesamte Arbeiterschaft an sich in die Kampffront gegen Lohnabbau und Pensionsverordnungen einzuschließen.

In der eigenen Schlinge gefangen

Von Fritz Seibmann

Ein wichtiger Bestandteil der sozialdemokratischen Politik in der Gegenwart ist die Durchführung großer, meist parlamentarischer Manöver, um die Massen der Arbeiter von der Teilnahme an revolutionären, außerparlamentarischen Kämpfen abzuhalten und um insbesondere die Herausbildung einer kämpfenden proletarischen Einheitsfront auf der Grundlage der revolutionären Klassenkämpfe zu verhindern. Ein solches Manöver ist die neue Sozialistischer Agitation der Sozialdemokratie, die Propagierung des „Staatskapitalismus“ und der Sozialisierung der „angemessenen Entschädigung“ der Kapitalisten. Ein solches Manöver ist das sozialdemokratische Volksbegehren gegen die Popen-Notverordnung. Ein solches Manöver ist das Angebot der SPD auf Abfederung bei den bevorstehenden Kommunalwahlen.

Die Chemnitzer Volkstimme vertritt nun verächtlich abseits vorzeitig den Zorn des Wanders, indem sie am 24. September schreibt:

„Treten die Kommunisten nicht auf diese abjektive Basis, dann werden sie im Wahlkampf schicksallos als Vertreter des Proletariats gebrandmarkt werden.“

Die SPD wollte uns also entlassen und gleichzeitig einen Schlag führen gegen die revolutionäre Kampffront der Arbeiter. Und nun ist die SPD reiflos enttäuscht und erobert darüber, daß ihr dieses Entlassungsmanöver, von dem sie sich so viel versprochen, nicht gelungen ist. Die Leipziger Volkstimme versucht deshalb schnell zu retten, was noch ihrer Meinung nach zu retten ist. Sie drückt den Beschluß anstretender Parteiarbeiterkonferenz vom 2. Oktober ab, der ihr gezeigt hat, daß der Stellungnahme zu dem Manöver der SPD die Erfüllung der gesamten Parteiforderungen abgelehnt ist und nicht davon voreilig den Schluß, daß mit diesem Beschluß das Angebot der SPD auf Abfederung abgelehnt ist. Das ist nicht richtig — es ist denn, daß die SPD ihre verwerfliche Antwort auf unsere an sie gestellten neuen Fragen damit umschreiben will — denn natürlich heißt es in diesem Beschluß lediglich, daß die Delegierten aller Parteieinheiten die bisherige Stellungnahme der Führung der Partei in Sachsen zu dem sozialdemokratischen Manöver billigen und ihr Votum über die weitere Entscheidung erteilen. Die NSD braucht aber diese Auslegung des Beschlusses, um ihre folgende Schlussfolgerung anzubringen:

„Der Beschluß richtet sich also gegen eine Abfederungsverbindung mit der SPD. Seibmann wird sich nun Mühe geben, die Erfüllung zu einer „sicherlichen Entlassung“ der SPD zu machen. Das ist aber gar nicht notwendig; denn die Regeln sind schon enthalten.“

Doch genau: Sie werden sofort leben, wer weißt es. Es ist vorausgesetzt, daß es uns bei unserem ersten Eingehen auf das Angebot der SPD weniger auf Entlassung entum, als darauf, die entscheidenden Fragen einer proletarischen Klassenpolitik in den Kommunalparlamenten und der proletarischen Einheitsfrontpolitik vor der gesamten schicksalhaften Arbeiterschaft zu stellen.

Die SPD manövrierte in ihrem Angebot mit dem Argument der sozialdemokratisch-kommunistischen Kollaboration.

Gegen die Unterdrückung der roten Presse

und des Verbot der roten Jahne haben die Parteiarbeiter des Infanteriegebietes Osttrif folgende Entschlossenheit angenommen:

„Die heute am 4. 10. 32 tagende Parteiarbeiterkonferenz der Infanteriegebietes Osttrif, protestiert ganz entschieden gegen das unerhörte Verbot gegen die revolutionäre Presse und gegen besonders gegen das unerhörte Verbot des Infanteriegebietes der NSD, die roten Jahne, durch den Parteileitungsdirektor Richter, Berlin. Die forder die sofortige Aufhebung des Verbots. Die gefassten revolutionäre Presse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“

Die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter zeigen, daß sie

Sich Werten auch die Toten lassen

Es wurden in den letzten Tagen in Chemnitz 3 neue Arbeiterinnen in Zuzahlung 3 neue Arbeiterinnen gewonnen. Wichtig ist jedoch, daß eine neue Arbeiterin die 3 Arbeiterinnen, die den Chemnitz aus der Welt geschafft wurden. Diese Arbeiterinnen sind zu retten. Nichts ist wichtiger, als die Arbeiterinnen auf die Arbeiterinnen aufmerksam zu machen.

Nun um so stärkere Waffen!

Heraus zum roten Volkstongreß!

Am 14. Oktober tagt in Dresden ein roter Volkstongreß. In Freital, Pirna, Meißen und Radeberg treten rote Volkstongreß am 14. Oktober zusammen, die der Verhärterung der Nationalistischen Aktion auf der ganzen Front dienen. Für Dresden sind bereits etwa 200 Delegierte gewählt. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der mittlerweile im Streik geliegten Textilarbeiterinnen von der „Gardine“, Dobritz, wurde eine Delegation zum Volkstongreß gewählt. Jetzt heißt es jede Gelegenheit zur vollkommenen Wahl von Delegierten auszunutzen.

Nachstehend veröffentlicht wir einen Appell an die Dresdner Betriebsräte, der auch zugleich als Appell zu allen am 14. und 16. Oktober stattfindenden Volkstongreßen angesehen werden kann:

An alle Betriebsräte der Dresdner Betriebe!

Werte Kollegen!

Die Durchführung der Pensionsverordnung hat in den verschiedenen Betrieben den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die nationalistischen Lohnabbaumaßnahmen hervorgeföhert. Auch in Dresden sind die Arbeiterkassen dem und dem, in den Betrieben den Lohnabbau auf Grund der Restverordnung durchzuführen. Bei Seibel & Neumann, Hilde-Werl, Wilker & Co., Gerdt-Schulz Dobritz usw. hat der Unternehmer durch Verstoß den Lohnabbau bereits angeordnet. Schon haben einige Belegschaften an den Unternehmerräten gespart und teilweise glänzende Siege im Kampf gegen die Durchführung der Pensionsverordnung errungen.

Die Arbeiterschaft des Hilde-Werl, Wilker & Co., Gerdt-Schulz, hat die Durchführung der Pensionsverordnung in den Streik zu treten. Der Unternehmer mußte daraufhin den Lohnabbau zurückziehen. Auch in der „Gardine“ in Dobritz wurde die Durchführung der nationalistischen Restverordnung durch gestellten Streik durchgefohrt!

Schon seit einiger Zeit haben auch eine Anzahl Dresdner Gewerkschaften gleichzeitig im Streik gegen Lohnabbau.

Jetzt, wo alles auf die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront ankommt,

haben die SPD- und Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe in der Unterdrückung der Arbeiterschaft von jeglichen Kampfmaßnahmen. Die Regeln verlangen dies dadurch, daß sie keine Hinweise auf Arbeiterkassenaktionen, wie bei jeder Gelegenheit auf die kommunistische Versammlung am 4. Oktober in Dresden gegeben hat, durchzuführen, und durch Streikführer.

Diesem gemeinsamen Verbot an der Arbeiterschaft müssen wir unsere einheitlichen Kampfaktionen entgegenstellen. Deshalb ist es jetzt unsere gemeinsame Aufgabe,

die Kampfbeispiele eines Teiles der Dresdner Arbeiterschaft auf alle Dresdner Betriebe auszuwirken.

Wenn die Eisenbahner, Metallarbeiter, Straßenbahner, Textilarbeiter und alle sonstigen Branchen im gemeinsamen Kampf ihre eigene Verteidigung, dann wird die Durchführung der Lohnabbau auf Grund der Restverordnung mit einem Schlag verhindert werden!

Um eine einheitliche, planmäßige Führung des Kampfes gegen die Pensionsverordnung herbeizuföhren, organisieren wir für Freitag, den 14. Oktober, 19 Uhr, in der Aula, Eingang Südostseite, einen großen antinationalistischen Volkstongreß!

Der die Aufgabe hat, alle kämpfendsten Kräfte der Betriebsarbeiterschaft, der Erwerbslosen und des westlichen Mittelstandes zu einer einheitlichen Kampffront zusammenzuführen.

Wir erwarten von euch, daß ihr zu diesem Volkstongreß euer bestes im Arbeiter- und Bauernvolk beizubringen! Nur die Durchführung des Volkstongreßes kann die Durchführung der Pensionsverordnung verhindert werden.

Kollegen! Nichts ist wichtiger, als die Arbeiterschaft auf die Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Nichts ist wichtiger, als die Arbeiterschaft auf die Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Nichts ist wichtiger, als die Arbeiterschaft auf die Arbeiterschaft aufmerksam zu machen.

die Lohnabbauverweigerung der Kapitalisten abzuwehren.
Nationalistisches Aktionskomitee Dresden,
F. H. O. Richter.

